

Ständerat will mehr Geld für Herdenschutz und Viehzucht

Patrick Gasser

Die Landwirtschaft soll von den Sparplänen des Bundes ausgeschlossen bleiben. Das dürfte auch die grosse Kammer so beschliessen.

Der Ständerat möchte keine Kürzung bei den Ausgaben für die Landwirtschaft. Damit sollen für Direktzahlungen im Jahr 2024 insgesamt 54,8 Millionen Franken mehr zur Verfügung stehen als vom Bundesrat vorgeschlagen wurde.

Bei den Direktzahlungen handle es sich quasi um Lohnzahlungen, sagte der Thurgauer SVP-Ständerat Jakob Stark: «Bauern erhalten keinen Teuerungsausgleich. Ihre Einkommen sind in den letzten Jahren nicht gestiegen.» Die Kürzung der Direktzahlungen stellte er mit einer Lohnkürzung gleich.

Gleichzeitig müsse aber die Schuldenbremse eingehalten werden, mahnte der Obwaldner Mitte-Ständerat Erich Ettl. Sonst drohe eine Blockade bei künftigen Krediten.

Schlussendlich folgte der Ständerat deutlich dem Antrag einer Minderheit der Finanzkommission. Das heisst: Die Direktzahlungen bleiben auf dem Niveau von 2023. So fließen 2024 wiederum rund 2,8 Milliarden Franken in Bezuschussungen von Landwirtschaftsbetrieben. Damit bewegt sich dieser Posten im Staatshaushalt seit 2008 auf gleichem Niveau. Das Modell geht auf einen Vorschlag des Bundesrates von 1992 zurück. Das Parlament schuf daraufhin die Rechtsgrundlage für produktionsabhängige Beiträge. Diese Direktzahlungen sollen zur Abgeltung gemeinwirtschaftlicher und ökologischer Leistungen der Bäuerinnen und Bauern beitragen. Sie ergänzten ab 1993 das bereits bestehende Modell.

Damit reagierte der Bund auf den wachsenden Druck auf die Schweizer Landwirtschaft. Denn seit Mitte der 1980er-Jahren wuchs die Kritik an den Einfuhrzöllen auf ausländische Agrarerzeugnisse. Weil im Ausland billiger produziert wird, schützt man die einheimische Landwirtschaft seither noch stärker durch staatliche Bezuschussungen. Diese sind allerdings an Auflagen geknüpft. So will der Bund die Artenvielfalt und Biodiversität stärken. Etwa mit Blühstreifen auf den Äckern oder Wiesen, die erst später gemäht werden dürfen.

Ab dem kommenden Frühling dürfen Bäuerinnen und Bauern die Gülle auf ihren Feldern beispielsweise bis auf wenige Ausnahmen nur noch bodennah ausbringen. Die Einschränkungen sollen die Emissionen reduzieren, gehen für die Bauern aber ins Geld. Wer es noch nicht getan hat, muss bei der Gülleausbringung in entsprechende Technologie investieren. Wer gegen die staatlichen Auflagen verstösst, riskiert eine Kürzung der Direktzahlungsbeiträge.

Auch sonst folgte der Ständerat in der Budgetdebatte grossmehrheitlich den Anliegen aus bäuerlichen Kreisen. Mehr Geld gibt es unter anderem für die Schweizer Produktion von Zucker aus Rüben. Um zwei Millionen Franken will der Ständerat die Beiträge hier erhöhen.

Weit mehr ins Gewicht für den Kanton Wallis fällt die Erhöhung von weiteren Budgetposten: Satté 6,2 Millionen Franken mehr soll für die Förderung des Absatzes von Schweizer Wein ausgegeben werden. Ebenfalls mehr Geld will der Ständerat für die Viehzucht ausgeben. Für Schweizer Tierrassen – zu denen unter anderem Walliser Schwarznasenschafe, aber auch Weisse Alpenschafe, Eringerkühe oder Schwarzhalsziegen gehören – sollen im nächsten Jahr 3,9 Millionen Franken mehr zur Verfügung stehen.

Ebenfalls mehr Geld will der Ständerat für den Herdenschutz bereitstellen. Hier beträgt die Budgeterhöhung vier Millionen Franken. Zudem soll das Bundesamt für Landwirtschaft 1,1 Millionen Franken zur Bekämpfung von Schädlingen erhalten.

Das alles dürfte die Bauern zwar freuen, bringt aber den Staatshaushalt in Schieflage. Denn eigentlich hätte der Sparverzicht bei den Landwirtschaftsausgaben mit einer Kürzung beim Fonds für die Regionalentwicklung kompensiert werden sollen. Doch auf diesen Kompromiss liess sich der Ständerat am Dienstagvormittag nicht ein. Die Schuldenbremse liesse sich damit nicht mehr einhalten, stellte Finanzministerin Karin Keller-Sutter fest.

Auch im Nationalrat dürfte die Landwirtschaft im Budget 2024 unantastbar bleiben. Die grosse Kammer behandelt den Voranschlag des Budgets am Donnerstag. Die Zahl der Bäuerinnen und Bauern im Nationalrat stieg im Vergleich zur vorhergehenden Legislatur von zwölf auf zwanzig. Damit ist der Einfluss deutlich gestiegen.